

Leitantrag des FREIE WÄHLER Bundesvorstands

Bundesparteitag am 17.02.2024 in Bitburg

Die Mitte stärken!

In den letzten beiden Jahren haben sich Energie um 45 Prozent und Lebensmittel um 26 Prozent verteuert. Viele Bürger werden durch diese massiven Steigerungen in die Verzweiflung getrieben. Bereits vor der aktuellen Notsituation konnten sich 2 Millionen Deutsche eine warme Wohnung nicht mehr leisten. Insbesondere ältere Alleinlebende und Alleinerziehende und damit auch viele Kinder sind in Deutschland von „Energiearmut“ betroffen. Wir FREIE WÄHLER sind überzeugt, wer ein Leben lang fleißig gearbeitet hat, Kinder und Enkelkinder großgezogen hat, darf als Senior nicht zum Bittsteller am untersten Ende der Einkommenspyramide werden.

Immer mehr Firmen reagieren auf die hohen Energiepreise durch eine Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland. Laut den führenden Industrieverbänden droht im produzierenden Gewerbe ein Flächenbrand. Die Ankündigung des familiengeführten Miele Konzerns in Deutschland knapp 1000 Stellen zu streichen und Teile der Produktion nach Polen zu verlagern stellen leider nur die Spitze des Eisbergs dar. Wir FREIE WÄHLER sind überzeugt, es braucht ein klares politisches Zeichen für den Mittelstand und gegen die Deindustrialisierung in Deutschland.

Wir FREIE WÄHLER sind die, die täglich dort anpacken, wo andere nur meckern und pöbeln. Wir arbeiten seit Jahrzehnten in zahllosen Städten und Gemeinden an der pragmatischen Lösung kommunaler Herausforderungen. Wir kennen die Ängste, Sorgen, Nöte und Probleme der Menschen vor Ort und beobachten, dass die Ampel-Regierung in Berlin zunehmend den Bezug zu dieser Mitte der Gesellschaft verliert. Die extremen politischen Ränder wachsen deswegen. Dieser Entwicklung lässt sich nur entgegenwirken, indem konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um die Mitte wieder zu stärken.

Wir FREIE WÄHLER fordern daher:

1. Produktionsstandort konkurrenzfähig erhalten!

Um den Produktionsstandort Deutschland langfristig konkurrenzfähig zu erhalten, braucht es verlässliche und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen. Neben konkurrenzfähigen Strompreisen, einer Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und einer wirklichen Entrümpelung der bestehenden Berichts- und Nachweispflichten, braucht es eine grundlegende Steuerreform, um die Belastung vor allem mittelständischer Unternehmen und Betriebe zu senken. Nur so können wir die heimische Produktion sichern und Arbeitsplätze erhalten.

Die Arbeitszeitmodelle müssen an moderne Rahmenbedingungen und den Fachkräftemangel angepasst werden.

2. Rentensystem grundlegend reformieren!

Um die gesetzliche, betriebliche und freiwillige Altersvorsorge wieder so aufzustellen, dass ein möglichst hoher Rentenanspruch sichergestellt wird und ein weiteres Absinken des Rentenniveaus der Vergangenheit angehört, wollen wir eine grundsätzliche Rentenreform durchführen. Rentenbesteuerung und Doppelverbeitragung von Betriebsrenten müssen im Sinne der Rentenbezieher korrigiert werden. Als vierte Säule soll der Staat den Erwerb und den Bau von Immobilien fördern. Das Kaufen und Abbezahlen einer eigengenutzten Immobilie ist eine Investition in den eigenen Ruhestand. Elternzeit, Sorge-Arbeit und Ehrenamt muss voll auf die Rente angerechnet werden. Der veränderten Arbeitswelt ist durch die Einführung einer Automatisierungs-Gutschrift Rechnung zu tragen. Der steuerfreie Hinzuverdienst für Rentner muss auf 2000 Euro/Monat angepasst werden.

3. Klimageld auszahlen!

Um die besonders einkommensschwachen Haushalte, welche durchschnittlich rund 10 Prozent ihrer Konsumausgaben für Wohnenergie ausgeben, zu entlasten muss schnellstmöglich das Klimageld an die Bürger ausgezahlt werden, um diese von den zusätzlichen Kosten der CO₂-Bepreisung zu schützen. Beim Klimageld geht es jedoch um vielmehr: Versprechen müssen gehalten werden! Der Vertrauensverlust durch die ständige Verschiebung der Auszahlung ist immens.

4. Steuerentlastung umsetzen!

Um die Mitte der Bevölkerung zu entlasten, braucht es auch im Steuersystem klare Weichenstellungen. So muss die gesenkte Mehrwertsteuer in Gastronomie beibehalten werden. Die Einkommensteuerbelastung der Erwerbstätigen muss gesenkt werden – es gilt der Grundsatz: Mehr netto vom brutto. Das Bürgergeld für Arbeitsfähige, die zumutbare Arbeit ablehnen, muss reformiert werden.